

## Miszelle

WALTER F. PETERSON

### DAS DILEMMA LINKSLIBERALER DEUTSCHER JOURNALISTEN IM EXIL

#### Der Fall des „Pariser Tageblatts“

#### I.

Als im Dezember 1933 die erste Ausgabe des „Pariser Tageblatts“ an den Zeitungsständen der französischen Hauptstadt verkauft wurde, erhielt die deutsche Emigration ihre eigene Tageszeitung, und die ehemaligen Presselöwen des linksliberalen Berliner Journalismus bekamen wieder ein Sprachrohr für den Kampf gegen ihre Gegner und zur Verteidigung ihrer Prinzipien<sup>1</sup>. Der aus Rußland emigrierte Verleger Wladimir Poliakov<sup>2</sup> hatte zwei führende deutsche Redakteure gewinnen können: den gealterten – nach mancher Auffassung bereits „verbrauchten“ – ehemaligen Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard sowie den jungen, schlagfertigen und vielversprechenden früheren Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“ Kurt Michael Caro. Zum ersten Redaktionsstab gehörten noch Richard Dyck, Georg Wronkow, Erich Kaiser und Hans Jakob<sup>3</sup>. Sie kamen ebenso aus der „seriösen“ wie aus der „Boulevardpresse“ Berlins, der Hauptstadt der Weimarer Republik.

Die Geschichte des „Pariser Tageblatts“, das ab Juni 1936 als „Pariser Tageszeitung“ weitergeführt wurde, und der Kurs seiner führenden Journalisten sind für die prekäre Situation des politischen und kulturellen Liberalismus im Zwanzigsten Jahrhundert kennzeichnend. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sich deutsche Liberale zunehmend bewußt, daß viele ihrer Anhänger zu Gratwanderern geworden waren, die nach rechts oder links abzustürzen drohten. Die Deutsche Demokratische Partei wurde nach Anfangserfolgen in den ersten Jahren der Weimarer Republik von politischen Organisationen zu ihrer Rechten und Linken in den Schatten gestellt. Die Weimarer Liberalen erwiesen sich als unfähig, ein überzeugendes Sozial- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Sie widersetzten sich zwar hartnäckig der wachsenden Radikalisierung des öffentlichen und privaten Lebens, gleichzeitig aber

<sup>1</sup> Der vorliegende Aufsatz basiert auf einigen Abschnitten meiner Dissertation „The German Left-Liberal Press in Exile: Georg Bernhard and the Circle of Emigré Journalists Around the Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung, 1933–1940“ (Ph. D. diss., State University of New York at Buffalo, 1982).

<sup>2</sup> Der Name des Verlegers wurde verschieden geschrieben, nämlich Wladimir oder Wladimir Poliakov, Poliakov, Poliakov; ich habe mich für Leon Poliakovs Transkription des Namens seines Vaters entschieden.

<sup>3</sup> Hans Jacob, Kind meiner Zeit. Lebenserinnerungen, Köln und Berlin 1962, S. 184.

opponierten sie „militanteren“, vielleicht verfassungswidrigen und diktatorischen Maßnahmen gegen diese Radikalisierung. Sie verbrachten ihre Zeit mit Fraktionskämpfen und vermochten sich dabei weder auf eine gemeinsame Linie zu einigen noch eine politische Richtung anzugeben<sup>4</sup>. Schließlich verloren sie ihre Anhänger an die extreme Rechte.

Obgleich die Redakteure des „Pariser Tageblatts“ durch Emigration und Niederlage gezeichnet waren, blieben ihre Auffassungen über Liberalismus in der Tradition der demokratischen Linken der Weimarer Republik. Ihr Linksliberalismus war eine Mischung der sozialliberalen Auffassung der Schule Friedrich Naumanns mit den idealistischen linksgerichteten und polemischen Positionen der unabhängigen Intellektuellen aus dem Umkreis der „Weltbühne“. Heinrich Mann war der geistige und politische Mentor dieser liberalen Aktivisten. Sein Humanismus, sein soziales Bewußtsein, seine ausgesprochene Hochachtung vor der französischen Kulturpolitik zogen die Linksliberalen an. Sie bewunderten diesen politisch bewußten Intellektuellen, und wie er bemühten sie sich um eine Einheitsfront aller Sozialisten und Kommunisten<sup>5</sup>. Konservativere Liberale wie Gustav Stolper, dessen Philosophie der Sozialist Julius Braunthal als so antiquiert einschätzte, „that he has hardly progressed beyond Ricardo“, hätten von Heinrich Mann wohl kaum intellektuelle, geschweige denn politische Anregungen erwartet<sup>6</sup>. Als der Herausgeber der „Foreign Affairs“ mit dem Gedanken spielte, Heinrich Mann um einen Artikel über „Die Zukunft des deutschen Liberalismus“ zu bitten, meinte Stolper amüsiert:

„An article from him ... would under all circumstances be extremely interesting, since he is a brilliant essayist. But I call your attention to the fact that Heinrich Mann is at best a liberal in an intellectual sense but not in an economic one. He stands somewhere between social democracy and communism. He lacks the broad conservative vein of his brother Thomas, whom I hold to be infinitely better qualified to compose such an article.“<sup>7</sup>

Doch Thomas Mann verkörperte in Bernhards Augen genau die Form des Liberalismus, die er und der „Tageblatt“-Kreis geringerschätzten. Im Gegensatz zu Stolper

<sup>4</sup> Werner Jochmann, *Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus*, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen 1978, S. 117.

<sup>5</sup> So stellte die „Berliner Volkszeitung“, das Vorbild für das „Pariser Tageblatt“, unter ihrem Chefredakteur Kurt Caro ihre Spalten der Diskussion zwischen der SPD und KPD über die Bildung einer Volksfront der beiden miteinander verfeindeten Arbeiterparteien zur Verfügung. Die „Berliner Volkszeitung“ kritisierte beide Seiten wegen ihrer Weigerung, zu einer Übereinkunft zu kommen. Vgl. Kurt Caro, „Thälmann in Paris“, *BVZ*, 1. Nov. 1932, A; ebenso Kurt Caro, „Linke Einheitsfront?“, *BVZ*, 17. Jan. 1933, A. In diesem Zusammenhang steht auch Rudolf Breitscheids Artikel „Einheitsfront!“, *BVZ*, 12. Febr. 1933, M., den Kurt Caro kurz kommentierte mit „Geist und Tat“, *BVZ*, 19. Febr. 1933, M; Walter Öhme antwortete Breitscheid schließlich mit dem Artikel „Die Einheitsfront marschiert“, *BVZ*, 25. Febr. 1933, M.

<sup>6</sup> Toni Stolper an Julius Braunthal, 30. Dez. 1942, Leo Baeck Institute, New York (künftig: LBI), Toni Stolper Coll., Julius Braunthal Corr.

<sup>7</sup> Gustav Stolper an Hamilton Fish Armstrong, 9. Jan. 1934, BA, NL Gustav Stolper, Bd. 50.

strebte Bernhard eine neue Form des Liberalismus, einen „Neuen Sozialismus“ an. Dieser Sozialismus, der „über Marx hinaus und teilweise auch an Marx vorbei“ gehen sollte, hätte auf den „alten liberalen Grundlagen“ zu basieren. Eine „schöpferische Synthese zwischen Ethos und Wirtschaft, zwischen Freiheit und Gebundenheit, zwischen Individuum und Gemeinschaft“ war das Ziel, das allerdings „nur mit Willen und Optimismus nicht zu machen“ ist. Denn: „Worauf es ankommt, ist der Plan, damit die Stunde der Macht nicht wieder ein zielloses Geschlecht findet. Und diesen Plan gilt es zu formen.“<sup>8</sup>

In all den Jahren des Exils behielt Bernhard den Glauben an die „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines gesunden Individualismus gegenüber dem sozialistischen Kollektivismus“<sup>9</sup>; diese Maxime lenkte seine politische Tätigkeit. Schließlich wußte Bernhard, daß die deutschen Liberalen politisch und geistig mehr verloren hatten als die beiden großen Arbeiterparteien und daß sie in der Emigration keine Unterstützung besaßen. Sie waren – in Kurt Kerstens Worten – „Indianerhäuptlinge ohne Indianer“. Um ihre Isolierung im Exil zu durchbrechen und politischen Einfluß ausüben zu können, boten sich ihnen nur drei Möglichkeiten: 1) durch die Presse, das traditionelle Medium der Liberalen, wobei sie sich seitens der verschiedenen sozialen und intellektuellen Gruppierungen einen gewissen Respekt erhofften, 2) durch die Beteiligung an Ausschüssen und Organisationen deutscher Emigranten, und 3) durch den Aufbau einer möglichst umfassenden „Volksfront“ des deutschen Exils<sup>10</sup>. Rudolf Olden sah 1937 im Rückblick auf diese Versuche, angesichts der Geschichte des „Pariser Tageblatts“ und der beklagenswerten Zustände innerhalb des liberalen Lagers, eine Wiederholung der Weimarer Erfahrungen. Unter offensichtlicher Anspielung auf seine Schrift „Warum versagten die Marxisten?“ (1934) stellte er die rhetorische Frage: „Man muß fragen: ‚Warum versagten die Bourgeois?‘ Kein Zweifel, daß sie wieder einmal versagen. Es wird mich nicht verwundern, wenn daraufhin unsere Freunde von der Linken den Laden übernehmen, – was sie, so meinem Gefühl nach, schließlich doch tun werden.“<sup>11</sup> 1940 sollte sich Oldens Prophezeiung mit einer Einschränkung als richtig erweisen: Nicht nur die Linke übernahm „den Laden“, auch die Rechte beteiligte sich.

## II.

Alle politischen Emigranten grübeln darüber nach, wie ihre Niederlage in der Heimat und das daraus resultierende Exil zu erklären ist. In Kommentaren und Leitartikeln

<sup>8</sup> Bernhard, „Zu neuen Ufern“, PT 112, 3. April 1934, S. 1.

<sup>9</sup> Georg Bernhard, *Die Deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik*, Prag 1933, S. 6.

<sup>10</sup> Bei Ursula Langkau-Alex, *Volksfront für Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, 1933–1936*, Frankfurt a. M. 1977, eine detaillierte Darstellung der deutschen „Volksfront“.

<sup>11</sup> Rudolph Olden an Fritz Wolff, 29. Mai 1937, Zentrales Staatsarchiv der DDR (künftig: ZStAP), Bestand „Pariser Tageszeitung“, Nr. 81, Bl. 68.

des „Pariser Tageblatts“, später der „Pariser Tageszeitung“, spiegeln sich die Grenzen des politisch-kulturellen Liberalismus, der durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts fast ausgerottet wurde. Wir werden noch sehen, bis zu welchem Grade antidemokratische Auffassungen die Substanz des Liberalismus angegriffen hatten.

Die Redakteure des gerade gegründeten „Pariser Tageblatts“ hatten sich zum Ziel gesetzt, „ihre“ Zeitung nicht im Sinne der liberalen Presse der Weimarer Republik weiterzuführen. „Wir wollen keine Nachahmung deutscher Zeitungen schaffen“, schrieb Bernhard in der hundertsten Ausgabe der Zeitung. „Es lag uns fern, das unverändert fortzusetzen, womit wir in Berlin aufhören mußten.“ Vielmehr erfordere die Zeit eine neue Form des Journalismus. Die liberale Presse im Exil, die dem „Geist der Freiheit und der furchtlosen Kritik“ eine neue Heimat gegeben habe, müsse sich diesen Zeiten stellen und sich härter und militanter verhalten, um die Demokratie zu festigen und demokratische Rechte für alle zu garantieren<sup>12</sup>. Die Tendenz der liberalen Presse Weimars, „auf allen Sätteln zu reiten“, habe ja schließlich zur Kapitulation dieser Presse vor dem Nationalsozialismus geführt<sup>13</sup>. Bis etwa 1930 hatten die liberalen Verleger zwischen politischen Zielsetzungen und wirtschaftlichen Interessen geschwankt. Schließlich opferten sie ihren politischen Standpunkt finanziellen Zwängen: Aus Angst, Leser zu verlieren, und aus Furcht vor Sanktionen mächtiger rechtsgerichteter Wirtschaftskreise bemühten sich die Zeitungen des Mosse- und des Ullsteinverlags, ihren politischen Standpunkt zu neutralisieren<sup>14</sup>. Für die liberalen

<sup>12</sup> Bernhard, „100“, PT 100, 22. März 1934, S. 1; auch Bernhard, „Unsere Aufgabe“, PT, 12. Dez. 1933, S. 1.

<sup>13</sup> Bernhard, „Die Voss stirbt“, PT 99, 21. März 1934, S. 1.

<sup>14</sup> Es gibt verschiedene vorzügliche Arbeiten über die Weimarer liberale Presse, vor allem Modris Ektsteins, *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy*, London 1975, und Michael Bosch, *Liberale Presse in der Krise. Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des ‚Berliner Tageblatts‘, der ‚Frankfurter Zeitung‘ und der ‚Vossischen Zeitung‘*, Frankfurt a. M. 1976.

Carl v. Ossietzky nannte die Lage der linksliberalen Presse in den letzten drei Jahren vor Hitlers Regierungsantritt gefährdet und kommentierte diese unsichere Lage folgendermaßen: „Bei Ullstein heißt das Ideal: ein ‚Völkischer Beobachter‘ mit der Genehmigung des Rabbinats, von Brüning ebenso geschätzt wie von Braun und auch von den Kommunisten gern auf der Straße gekauft; ein Bastard von Goebbels und Tante Voss. Da sich dieses bizarre Verlagsideal nicht leicht verwirklichen läßt, behilft man sich einstweilen mit einem reichlich chimärischen ‚inneren Gleichgewicht‘; man dämpft, man retuschiert, man untersagt der ‚Voss‘ etwa den Gebrauch des Wortes ‚Nazi‘, um die Leute ‚nicht unnützlich zu reizen‘. Und bei dieser Taktik werden die Blätter immer langweiliger und ein immer schlechteres Geschäft. Denn so rächt sich dieser Zitterkurs. Die ‚Morgenpost‘, die früher immerhin einigen politischen Nutzen brachte, sinkt unter dem Druck von oben in hoffnungslose Vernulping. In der ‚Vossischen Zeitung‘, die mit Bernhards Ausscheiden aufgehört hat, ein international beachtetes Blatt zu sein, läuft Herr Elbau schusslig herum und kämpft radikale Anwendungen von Kollegen mit dem geflügelten Wort nieder: ‚Aber, meine Herren, wir sind doch kein jüdisches Blatt!‘“ Siehe Carl von Ossietzky, „Der Fall Höllering“, *Die Weltbühne* XXVIII, 5. Jan. 1932, S. 3.

Ähnlich sah Bernhard die Lage der liberalen Presse in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Er bezichtigte sie nicht nur, vor den Nazis kapituliert, sondern ihnen auch den Weg gebahnt zu haben: „Die deutschen Zeitungen erhalten jetzt ihren Lohn für frühere Sünden. Die deutschen Zeitungs-

Pressekonzerne sei es nach 1930, bemerkte Bernhard, offensichtlich gewesen, daß die „Demokratie nicht mehr gesellschaftsfähig“ und darüber hinaus ein wirtschaftlicher Nachteil war<sup>15</sup>. Im „Pariser Tageblatt“ war man aber der Auffassung, daß eine Wiederholung Weimarer Zustände nicht allein von Journalisten vermieden werden sollte; auch das Problem der unpolitischen Intellektuellen, die immer beide Seiten der Medaille sahen, wurde angesprochen. Die scharfen, polemischen und bisweilen hinterhältigen Leitartikel sollten bloßstellen, was Jean Améry mit Bezug auf Romain Rolland die „Verwundbarkeit des Humanismus“ genannt hatte. Der „Tageblatt“-Kreis kämpfte darum, daß die bürgerlichen Intellektuellen ihre typische Haltung des „Zwischen-alle-Stühlen-Sitzens“ aufgaben. Améry nannte diese Haltung „eine ehrenhafte, wenngleich unbequeme für einen freien Geist: aber es ist ... keine politische und eben aus diesem Grunde auch eine moralisch wirkungslose“<sup>16</sup>.

Nach Ansicht der meisten Mitarbeiter des „Pariser Tageblatts“ hatten die Nationalsozialisten in Deutschland nicht aufgrund ihrer Heldentaten triumphiert, sondern wegen der Rückgratlosigkeit und Dummheit ihrer demokratischen Gegner, deren Fehler sich in verschiedenen Situationen gezeigt hatten. Dem Unvermögen der gegeneinander auftretenden Arbeiterparteien, einen politischen modus vivendi auszuhandeln, war das Scheitern der Weimarer Republik in erster Linie zu verdanken. Und die liberalen Parteien waren durch ihr Abgleiten nach rechts völlig diskreditiert, ihr Schicksal war besiegelt.

Bernhard und Caro betonten besonders zwei Faktoren: Erstens sei Deutschland für eine Demokratie schlecht vorbereitet und zweitens die Republik erfolglos und ohne jedes Selbstbewußtsein gewesen, wenn es darum ging, ihren Willen durchzusetzen. Bernhard schrieb:

„Es war sicher einer der Fehler der Weimarer Republik, daß deren Führer nach dem Umsturz vom Jahre 1918 geglaubt haben, das deutsche Volk sei bereits für eine Demokratie reif, die auf jede autoritäre Lenkung des Volkes verzichten und selbst die fast überall sonst noch dringend gebrauchten, äußerlichen Drapierungen der Staats-Autorität entbehren könne.“<sup>17</sup>

Die brutale Unterdrückung der österreichischen Sozialisten durch die Regierung Dollfuß im Februar 1934 zeigte gewisse Parallelen zu den Ereignissen in Deutschland

---

verleger, die in öffentlichen Tafelreden nie genug ihren Idealismus preisen konnten, sind nicht bloß die Totengräber der von ihnen allzu raffiniert geschäftlich ausgebeuteten deutschen Pressefreiheit, sondern die Wegbereiter der Hitler-Barbarei gewesen.“ Bernhard, „Die Voss stirbt“, PT 99, 21. März 1934, S. 1.

<sup>15</sup> Bernhard, *Die Deutsche Tragödie*, S. 230.

<sup>16</sup> Jean Améry, „Von der Verwundbarkeit des Humanismus. Anmerkungen zu Romain Rolland“, *Merkur* XXXV (Februar 1981), S. 205. In den ersten drei Jahren der Emigration gab es heftige Angriffe gegen Thomas Mann, z. B. Robert Breuer, „Der verirrt Bürger. Zu Thomas Manns 60. Geburtstag am 6. Juni“, PT 537, 2. Juni 1935, S. 3. Vgl. Vigilans, „Emigranten mit Vorbehalt“, PT 735, 6. Jan. 1936, S. 1f.

<sup>17</sup> Bernhard, „Das andere Deutschland“, PT 831, 22. März 1936, S. 1.

und gab daher den Redakteuren die Gelegenheit, allgemeine Schlüsse über den unsicheren Stand der Demokratie im 20. Jahrhundert zu ziehen.

In den Augen dieser exilierten liberalen Journalisten teilten alle Republikaner, unbeschadet ihrer politischen Differenzen, den naiven Glauben an die Vernunft als der bestimmenden Kraft im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft. Angesichts der politischen Realitäten unseres Jahrhunderts müsse nun dieser traditionelle liberale Glaube an die Vernunft überprüft werden. In einem Leitartikel „Macht und Gewalt: Das Österreichische Beispiel“ formulierte Caro den machiavellistischen und pragmatischen Standpunkt seiner Zeitung und kritisierte all diejenigen, die eine schändliche Niederlage hatten einstecken müssen, obwohl sie vielleicht ethischer und politisch konsequenter als ihr Gegner gehandelt hatten. Wie immer richtete Caro sein Augenmerk auf die Linke. Der Kardinalfehler aller Linken bestehe in der Unfähigkeit, „die Macht [zu] gebrauchen“ oder auch nur „begrifflich verstehen zu können“. Zwar lobte er die mutige Selbstverteidigung der österreichischen Sozialdemokratie (im Gegensatz zum „schmählichen Abgang der Severings und Brauns“), doch kam sie seiner Meinung nach zu spät. Die fortschrittlichen Parteien und ihre Führer hätten nach dem Krieg die sich ihnen bietenden Gelegenheiten nicht wahrgenommen, sondern sich zurückgezogen und ihren Verfall, ihre Tatenlosigkeit und Kampfesmüdigkeit deutlich gezeigt. Die Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich hätten die „Zeit verschlafen“, wengleich das österreichische Beispiel auch einige positive Aspekte bot: „In Österreich steckte im Tun der Sozialdemokratie wenigstens noch sozialer Aufbauwille, in Deutschland hauptsächlich sozialer Bürokratismus.“<sup>18</sup> „Macht ausüben“ gehöre zum Repertoire der politischen Auseinandersetzung, betonte Caro, besonders wenn es um die Vernichtung eines Gegners gehe, der nur Macht anerkenne. Der Chefredakteur des „Tageblatts“ ging in seiner Analyse noch weiter.

Wie Caro stellte Bernhard fest, daß die Möglichkeit für soziale und demokratische Reformen in Österreich versäumt worden sei. Dieses Scheitern könne vielleicht durch die Tatsache erklärt werden, daß es für „jeden Demokraten ein unlösbarer logischer Widerspruch zu sein scheint, Diktatur zur Durchführung der Demokratie anzuwenden. Damals hat der Verstand über den Instinkt gesiegt.“ Der gleiche Sieg der Logik hatte Deutschlands Niederlage und die Zerstörung der Demokratie bewirkt. Im Rückblick auf diese verschenkten Möglichkeiten spekulierte Bernhard, daß „vielleicht die zu große Verbreitung des klügelnden Verstandes überhaupt das politische Unglück der letzten liberalen und demokratischen Aera [war]. Uns bleibt jetzt nur, die Folgen festzustellen: ‚Was Du in der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.‘“<sup>19</sup> Der „Machtinstinkt“, den die Demokraten und fortschrittlichen Parteien der Linken so mißverstanden hätten, bedeute: Erstens, die Gefahren, die Demokratie und Freiheit bedrohen, zu erkennen, und zweitens, diesen Herausforderungen effektiv und nötigenfalls Punkt für Punkt entgegenzutreten. Die Linkliberalen, die sich um das „Pariser Tageblatt“ sammelten, entwarfen eine politische Philosophie der

<sup>18</sup> Caro, „Macht und Gewalt. Das Österreichische Beispiel“, PT 75, 25. Febr. 1934, S. 1 f.

<sup>19</sup> Bernhard, „Der Sinn des Bürgerkriegs“, PT 66, 16. Febr. 1934, S. 1.

wachsamen Aktivität zur Verteidigung der Demokratie, auch wenn das zeitweise undemokratische Maßnahmen erfordern sollte. Diese philosophische und politische Haltung kennzeichnete die nachträglichen Analysen der Weimarer Republik wie auch alle Artikel über das nationalsozialistische Deutschland und die europäische Außenpolitik in den folgenden Jahren. Gleichzeitig aber stellte sie die militanten Verteidiger der Demokratie vor ein unangenehmes Dilemma.

Arnold Zweig wies als erster darauf hin. Der frühere Mitarbeiter der „Weltbühne“ bestritt Bernhards implizites Argument, daß die Demokratie einerseits unterlegen sei, weil sie sich nicht kämpfend zu verteidigen gewußt habe, und andererseits, weil die Liberalen sich zu sehr auf ihren Verstand statt auf ihren Instinkt verlassen hätten. Die Verwirrung und die Gefahr solcher Denkweise waren für Zweig offensichtlich:

„Lieber Georg Bernhard: wie ist mir denn? Habe ich dieses Lied nicht in schlechterem Deutsch aus den Federn dieses oder jenes Nazi-Buben gehört? Wirkt die anti-rationale Ansteckung schon über den Rhein? Wollen Sie, was auf ungenügende Verstandesstätigkeit zurückging, wirklich dem Verstand und der Logik zuschieben? Ist nicht vielleicht das Gegenteil richtig? Haben die deutschen Politiker von Ebert und Scheidemann bis Brüning und Severing nicht zu emsig im Brei ihres Herzens gequirt und das Chaos bewegt, statt klar zu denken und klar Gedachtes klar zu tun?“<sup>20</sup>

Zweig behauptete also, daß nicht zuviel, sondern zuwenig Vernunft die Demokratie in Deutschland zu Fall gebracht habe. Dieser Mangel an Vernunft und Courage habe die Sozialdemokraten, Volksparteiler und Zentrumsanhänger daran gehindert, „Irre als Irre“, „Mörder als Mörder“ und „Lumpen als Lumpen“ zu erkennen und dementsprechend zu behandeln<sup>21</sup>. Die deutsche Emigration müsse es vermeiden, sich so in den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu verstricken, daß sie schließlich Gefahr laufe, gerade die Prinzipien, für die sie kämpfte, zu opfern.

Hatten einerseits, laut Bernhard und Caro, Deutschlands demokratische Intellektuelle und politische Führer nicht zur rechten Zeit die nötige Autorität gezeigt und die Initiative ergriffen, um ihre Gegner zu besiegen, so war der andere Grund des deutschen Problems bei der deutschen Nation selbst zu suchen, die für die Demokratie schlechterdings unvorbereitet gewesen sei und auch keine Zivilcourage entwickelt habe<sup>22</sup>. Wie viele andere auf beiden Seiten des politischen Spektrums hatte Bernhard ein zwiespältiges Verhältnis zu den „Massen“. Ohne Leitung oder Aufsicht würden die sonst gebändigten wilden Instinkte der Menschheit wieder auftauchen und ausgelebt werden. Das Dritte Reich – dieses „Zwischenspiel des Herdenstaates“ – war offensichtlich so ein Fall<sup>23</sup>. Am effektivsten könnten die Herdeninstinkte der Men-

<sup>20</sup> Arnold Zweig, „Der Sinn des ‚Bruderkriegs‘. Ein Brief“, PT 83, 5. März 1934, S. 1 f.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Der Mangel an Zivilcourage erklärt dem PT/PTZ-Kreis das Scheitern der Republik. Auch Rudolph Olden vertritt diese Idee in seiner Broschüre „Warum versagten die Marxisten?“, die teilweise im PT nachgedruckt wurde: „Warum versagten die Marxisten? – Mangel an Zivilcourage“, PT 45, 25. Jan. 1934, S. 1; ebenso Bernhard, „Der Bürger Poincaré“, PT 308, 16. Okt. 1934, S. 1, und „So schlimm“, PT 57, 6. Febr. 1934, S. 1.

<sup>23</sup> Bernhard, „Humanismus“, PT 418, 3. Febr. 1935, S. 1.

schenmassen kontrolliert und reguliert werden, wenn wohletablierte demokratische Institutionen und Organisationen landesweit herrschten. Diese allgemeine Regel gelte nicht nur für die eigene Nation, sondern auch für die internationalen Beziehungen. Der Völkerbund habe also die gleiche Rolle wie der Rechtsstaat, nur eben auf der internationalen Ebene. Sein Anreger Woodrow Wilson sei kein Bewunderer oder Schmeichler der Massen gewesen:

„Aber nur demokratische Freiheit bot nach seiner Auffassung die Möglichkeit, die Zügellosigkeit wilder Instinkte für die Gemeinschaftsarbeit zu zähmen. Sein Völkerbund sollte für das Leben der Staaten miteinander dasselbe sein, was die demokratischen Verfassungsinstitutionen im inneren Staatsleben waren.“<sup>24</sup>

Der nationale und der internationale Frieden wie die Menschenwürde ließen sich nur behaupten, wenn man sich strikt den durch demokratische Prozesse entstandenen und von verantwortlichen Institutionen verwalteten Regeln unterwerfe.

Obwohl Bernhard es niemals explizit formulierte, so spielt in seiner Konzeption der Natur und der Funktion demokratischer Institutionen das, was Walter Struve die „offene, doch autoritäre Elite“ genannt hat, eine Schlüsselrolle<sup>25</sup>. Es ist kennzeichnend für die deutschen politischen Auffassungen im späten 19. und im 20. Jahrhundert, daß elitäre Konzeptionen von der Rechten wie von der Linken vertreten wurden. Man findet sie in den Schriften Friedrich Naumanns, Max Webers, Theodor Barths und Leonard Nelsons ebenso wie bei Oswald Spengler, Hans Zehrer und Ernst Jünger. Sie vertraten „Demokratie bei der Auswahl der Mitglieder der Elite“, nicht aber beim Entscheidungsprozeß<sup>26</sup>.

Georg Bernhards linksliberale elitäre Auffassung zeigt sich in seinen Bemerkungen über die pädagogische Funktion des Journalisten: Die politischen Argumente dieser Elitekonzeptionen finden sich bereits in seinen frühen Schriften. In einem umstrittenen Artikel, den Bernhard 1903 in Hardens „Zukunft“ veröffentlichte, zeichnete er das Volk als eine „stumpf dahintreibende Masse“ auf der Suche nach Kontrolle und politischer Leitung. Die politische Leitung müsse der Führer einer Partei übernehmen. Dieser Führer könne zwar den Fortschritt programmieren, sein Erfolg und seine Annahme durch die Massen als „Lenker ihrer Geschicke hingen aber davon ab, daß „der Boden [dafür] bereit [sei] und der Stand der Entwicklung es erlaube“. „Sind diese Bedingungen noch nicht erfüllt, dann verschlingt die Masse das Individuum, das sie noch nicht begreifen kann.“<sup>27</sup> Kurzum, die Massen müßten politisch und pädagogisch vorbereitet werden, die Ideen eines politischen Führers zu empfangen, und bei dieser Aufgabe sah Bernhard eine Schlüsselrolle für die Presse. Bernhard verstand Journalismus weniger als einen Beruf denn als eine Berufung. In Anlehnung an Emile Zolas Definition von Kunst als einem „Stück Leben, gesehen durch ein Tempera-

<sup>24</sup> Bernhard, „Fascio in Genf“, PT 3, 14. Dez. 1933, S. 1.

<sup>25</sup> Walter Struve, *Elites Against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany 1890–1933*, Princeton 1973, S. 3.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Bernhard, „Parteimoral“, *Die Zukunft* XI, 15 (10. Jan. 1903), S. 80.



ment“, erklärte Bernhard 1924 in einer Rede, daß „der Journalismus nichts anderes als ein Stück Leben, gesehen und geschildert durch ein Temperament“ sei. Durch sein „Temperament“ geführt und von den Bedürfnissen und Interessen seiner Leser geleitet, gehöre es zur Aufgabe des Journalisten, „das Aktuelle aus den Dingen (herauszufinden) ... (und) das Zeitgemäße und Interessante in den Vordergrund (zu rücken)“<sup>28</sup>. Eine Zeitung und ihre Journalisten sollten eine bestimmte Weltanschauung vermitteln. Die Zeitung „will Ordnung in die Dinge bringen, die der Leser täglich vor sich und um sich sieht, will die Vorgänge in der Welt unter bestimmte Gesichtspunkte gestellt dem Leser vor Augen führen“<sup>29</sup>. Diese Rede drückt Bernhards Auffassung von der subjektiven Natur der Presse und der Rolle des Journalisten aus. Bernhard sah in der Presse eine politische Waffe, im zielbewußten, kreativen Journalisten fast einen Politiker.

In der Emigration scheint sich Bernhards patriarchalisch-elitäres Denken verstärkt zu haben: Es durchdrang jetzt auch seine sozial-politischen Vorstellungen und beeinflußte seine Interpretation des Aufstiegs eines totalitären Staates. Er glaubte, daß Fortschritt, Zivilisation und der Respekt vor menschlicher Würde nur durch irgendeine wohlwollend autoritäre Kontrolle möglich seien. Im Mittelalter hätten die Kirche und die Scholastik die notwendige Richtung gewiesen und den philosophischen Zusammenhalt garantiert. „Man formt zu Barbaren gewordene Menschen nicht anders zu allmählich wieder verantwortungsbewußten Individuen als durch patriarchalische Beherrschung und strenge Normenerziehung.“ Später habe der Humanismus, der zunächst in einzelnen gelehrten Köpfen entstand, sich gegen die Unterordnung des Einzelnen in den von der Gemeinschaft vorgeschriebenen allgemeinen Rahmen gesperrt.

„Seitdem ist das einzelne Menschenschicksal in den Mittelpunkt auch des politischen Handelns gerückt ... Die Erziehung des Menschengeschlechts, die Hochbildung der Einzelindividuen, waren mehr oder weniger ausgesprochen der Endzweck der Diktaturen und der Demokratien, der Königreiche und der Republiken, des Universalismus der Kirche und des Kaisertums sowie der zentrifugalen Bestrebungen der nach staatlicher oder kultischer [sic] Selbständigkeit strebenden Landesfürsten.“

Im 20. Jahrhundert sei im Gegensatz zu diesen Prämissen die primitivste Form gesellschaftlicher Organisation entstanden: der „totale Staat“. Im Vergleich zu anderen Regierungssystemen bestehe „der totale Staat nur noch um seiner selbst willen, (existiert) für [ihn] der Mensch nur noch als Zweckobjekt, (leugnet er) jede individuelle Geistigkeit“<sup>30</sup>. Bernhard blieb davon überzeugt, daß vor allem das Fehlen einer patriarchalischen Herrschaft und einer ethischen Normenerziehung für den Untergang der Republik verantwortlich waren. Die Paradoxien seines Systems vermochte Bernhard nie zu fassen und zu lösen. Seine Garantien für die Demokratie und für den In-

<sup>28</sup> Bernhard, „Stellungen im Zeitungswesen“, masch. Ms. einer 1924 gehaltenen Rede, Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik, S. 3.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Bernhard, „Humanismus“, PT 418, 3. Feb. 1935, S. 1.

dividualismus bestanden in dem Instinkt und dem guten Willen einer weisen, wohlmeinenden Elite, die die Herrschaft zu übernehmen habe; die gefährlichen Implikationen dieser Vorstellung wurden nicht angesprochen.

Nachdem die Rolle der Vernunft beim Handeln der Regierung in Frage gestellt worden war, wurden zwei andere Säulen des Liberalismus – die Freiheit der Presse und die freie Rede – ebenso unter die Lupe genommen. Für Bernhard war es eine offensichtliche Dummheit der Republikaner, sich ausschließlich von demokratischen Prinzipien leiten zu lassen, und zwar auch gegenüber denen, die sich verschworen hatten, nach ihrem Machtantritt diese Freiheiten abzuschaffen. Seiner Ansicht nach hetzte „jede übertriebene Konsequenz auch den besten Grundsatz zu Tode“:

„Wenn einer kommt und von vornherein erklärt: ‚Ich bin gegen die Demokratie: ich bin für die Gewalt; und wenn ich Dich fasse, dann gibt’s keine freie Meinungsäußerung mehr!‘ – einem solchen auch nur die ungehinderte Werbung um die demokratische Mehrheit zu gestatten, hat mit Demokratie nicht mehr das Mindeste zu tun, sondern ist Selbstmord. Genau so wie jene Spielart des Pazifismus, dessen Anhänger sich totschießen lassen, weil sie den Gebrauch einer Waffe grundsätzlich ablehnen.“<sup>31</sup>

So kam er zu dem Schluß, daß die in der Weimarer Republik praktizierte Pressefreiheit ein Fehler war. Sie habe nur zu „ein(em) Privileg für die Piraten der öffentlichen Meinung [geführt], für die berufsmäßigen Ehrverletzer, für die Wortführer der Gewalttat und für die Brandstifter des Bürgerkrieges“. Aus der Beurteilung seines eigenen liberalen Verhaltens in der noch nicht allzu fernen Vergangenheit nahm er das Recht zu seiner Schlußfolgerung:

„Ich darf das vielleicht am ehesten eingestehen, weil ich sie am heftigsten verteidigt habe. Als Vorsitzender und vorher schon als Vorstandsmitglied der journalistischen Berufsorganisation, des Reichsverbandes der deutschen Presse, habe ich persönlich bei Ministern und Polizeibehörden bei Blätterverboten interveniert. Ich schäme mich dessen heute nicht, denn es war anständig. Aber ich weiß heute, daß es töricht war. Und es wird – sollte ich jemals wieder zu ähnlichem Tun Gelegenheit haben – nicht wieder vorkommen. Obwohl für mich nach wie vor die Pressefreiheit das höchste Ideal bleibt. Aber wenn es in die Wirklichkeit übersetzt werden soll, so gehören dazu eine Staatsinstitution und Staatsbürger, von denen man sicher sein kann, daß sie den Mißbrauch verhindern.“<sup>32</sup>

Ein anderer in Zukunft zu vermeidender Fehler wurde im Verhältnis zwischen den Redakteuren und „ihrer“ Zeitung einerseits und der finanziellen und deshalb politischen Kontrolle der Verleger andererseits entdeckt. Im Grunde forderte der Kreis um das „Pariser Tageblatt“ eine neue Definition von Eigentum, die jeden Geschäftsmann zu irritieren verprach. Die Linie zwischen der alten und der neuen linken, „aktivistischen“ Auffassung von Eigentum zog Bernhard in einem offenen Brief an den emigrierten russischen Liberalen und Freund Poliakovs, Paul Miljukow. An der Oberflä-

<sup>31</sup> Bernhard, „Erkenntnis“, PT 733, 15. Dez. 1935, S. 1.

<sup>32</sup> Ebenda.

che ging es in der Auseinandersetzung zwischen Bernhard und Miljukow darum, welchen Einfluß ein auf wirtschaftlichen Erfolg bedachter Verleger – in diesem Fall Wladimir Poliakov – auf seine Zeitung auszuüben berechtigt sei. Der Kern des Disputs war jedoch ein zutiefst politischer.

„Aus der Haltung geht für mich hervor, daß Sie der Auffassung sind, der Verleger eines Emigrationsblattes sei, sogar auch wenn er von einer emigrationsfremden Nationalität ist, berechtigt, auch über den geistigen Inhalt seines Blattes zu verfügen und dessen Gesinnung zum Gegenstand kaufmännischer Transaktionen zu machen. Hier trennt uns eine Kluft. Denn ich bin der Meinung, daß an jeder Zeitung ein bestimmtes Maß von geistigem Mitbesitzrecht der Redakteure besteht, erst rech [sic] aber bei einem Blatt, das die Interessen einer im Kampf gegen ein despotisches Regime stehenden Emigration zu verfechten hat.“<sup>33</sup>

Aus den Erfahrungen mit seinem Verleger und aus Beispielen anderer liberaler Verlage in Berlin, wo soziale und politische Interessen wirtschaftlichen Erwägungen zum Opfer gefallen (und die kritischeren linksliberalen Geister aus den ehemaligen Hochburgen politischer und intellektueller Freiheit verdrängt worden) seien, müsse gelernt werden, und zwar müsse eine lebendigere, wachsamere und politisch und sozial verantwortlichere Form des liberalen Journalismus entwickelt werden.

Während Bernhard auf diese Weise mit den ökonomischen und politischen Traditionen der Weimarer liberalen Presse ins Gericht ging, brach Caro mit einer weiteren liebgewordenen Auffassung: Als stellvertretender Chefredakteur des „Pariser Tageblatts“ distanzierte er sich von dem nach seiner Ansicht überholten Stil der radikaldemokratischen „Weltbühne“, die zwar aggressiv und witzig geschrieben, in Wirklichkeit aber doch nur ein Papiertiger sei. Walter Mehring beschrieb Stil und Absichten der „Weltbühne“-Mitarbeiter, als er von sich und Ernst Toller erklärte:

„Unsere Gemeinschaft war im wesentlichen geistig-abstrakter Natur. Wir haben uns deshalb auch nie eingebildet, wir könnten irgendetwas von dem, was wir kommen sahen, verhindern. Aber wir wollten unseren Protest gegen jede Einschränkung der geistigen Freiheit anmelden.“<sup>34</sup>

Die bloße Registrierung ihres Protestes im geistigen Bereich, wie Mehring es betrieb, war in den Augen der linksliberalen Aktivisten nicht genug. In einem Nachruf auf Kurt Tucholsky wies Caro auf die Divergenz zwischen den Glanzlichtern, die dieser ironische Satiriker der „Weltbühne“ setzte, und den harten Realitäten hin, die nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler entstanden waren. Zwar sei Tucholskys Schweigen

„politisch schwer zu begreifen, dagegen künstlerisch so logisch und so klar, wie das Beste, was er geschaffen hat. Gegenüber den gigantischen Zeitereignissen verlieren die

<sup>33</sup> Bernhard an Paul Miliukov, Original in Französisch, 18. Nov. 1936, ZStAP, Bestand PTZ, Nr. 52, Bl. 2 F.; auch in „Eine vereitelte Intrige – Zwei Briefe an Professor Miljukow [sic]“, PTZ 203, 31. Dez. 1936, S. 3.

<sup>34</sup> Walter Mehring, Institut für Zeitgeschichte, ZS 2075.

herkömmlichen Mittel des Schriftstellers an Wert, und vor allem die Satire kommt um ihre Existenzberechtigung. Gegenüber der Macht und Gewalthäufung versagt die Ironie, gegenüber Maschinengewehren die spitze Feder, gegenüber denen, die sich stolz Barbaren titulieren, der Vorwurf der Barbarei, der schmutzigen Kulturlosigkeit, des Folterknechtshandwerks. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, aber umgekehrt, wie man sieht, auch.<sup>35</sup>

Die politische und kulturelle Form dieses „neuen“ linksliberalen Ethos nahm Gestalt an. Caro und der „Tageblatt“-Kreis glaubten, daß die Zeit eine neue Moral verlangte, die nicht mehr auf der Satire Tucholskys basieren könne. Caro erklärte, daß als Ergebnis des Aufstiegs des Nationalsozialismus

„heute in der Welt auch die ethischen Kategorien so verdammt gering zu Kurs (stehen). Das grob Materielle herrscht und erzwingt Entscheidungen. Die Ideale gehören wie die Kirche nur noch zum Sonntag der Menschen. Sechs Wochentage aber sind hart und bedrängend. Und während dieses Zeitraums schweigt die Menschlichkeit. Wer die neuen Gesetze nicht lernt, erscheint etwas närrisch, schon halb eine komische Figur. Der Satiriker Tucholsky hat das gefühlt. Deshalb zog er es vor, vom Augenblick der Verwandlung an, die Feder endgültig aus der Hand zu legen.“<sup>36</sup>

Was Caro in seiner Analyse des Tucholskyschen Verstummens und Bernhard in seinen tadelnden Kommentaren über Vernunft und Demokratie entging, waren die Implikationen ihrer eingestandenen Militanz. Der selbsternannte „Wachhund der Pressefreiheit“<sup>37</sup> und der ehemalige Vorsitzende des Reichsverbands der deutschen Presse stellten damit dem liberalen Journalismus, wie ihn die Weimarer Republik gekannt hatte, selbst den Totenschein aus.

Der Zerfall der Republik zwang diese ehemals „idealistischen“ Demokraten, ihre politischen Auffassungen zu überprüfen. Der klassische Irrtum der europäischen Linken sei, so wiederholte Caro unzählige Male, das „bedingungslose Eintreten für den Buchstaben des Gesetzes“.

„Es gibt tragische Irrtümer. Wir haben sie in unserer Heimat erlebt und gesehen, daß hinter Demonstrationen noch keine Kraft und kein politisches Programm zu stehen brauchen und daß der gute Wille und anständige Gefühle nicht immer ausreichen, auch das Richtige in der politischen Welt zu verwirklichen. Die Hauptpflicht, die uns unsere Niederlage auferlegt hat, lautet ganz einfach: vorurteilslos zu denken und jede Lage illusionslos zu prüfen. Nicht mehr haben wir getan.“<sup>38</sup>

Die Überprüfung und Neueinschätzung der liberalen und humanitären Ideale führte

<sup>35</sup> Manuel Humbert (Kurt Caro), „In memoriam Kurt Tucholsky“, PT 752, 2. Jan. 1936, S. 2. Zu Tucholsky vgl. Harold L. Poor, *Kurt Tucholsky and the Ordeal of Germany, 1914–1935*, New York 1968, und über seine Zeit im Exil *Kurt Tucholsky, Die Q-Tagebücher 1934–1935*, hrsg. v. Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Reinbek bei Hamburg 1978.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930*, Düsseldorf 1975, S. 229.

<sup>38</sup> Caro, „Dialog“, PT 639, 9. Sept. 1935, S. 1.

Bernhard und Caro dazu, die von ihren Feinden gesetzten Regeln anzunehmen. Statt „liberale Ideale“ zu fördern und zu verteidigen, schlug ihr politisches Verhalten in eine Art „reziproken Liberalismus“ um, der lediglich die Taktiken der extremen Rechten oder Linken spiegelte.

### III.

Die praktischen und moralischen Konsequenzen dieser Auffassung und das Dilemma dieser deutschen Liberalen im Exil zeigten sich bei dem deutschen Exil-Skandal par excellence: der „Pariser Tageblatt“-Affäre. Dieser Skandal war das logische politische und intellektuelle Ergebnis der Politik des „Tageblatt“-Kreises. Im Kern ging es um die klassische Frage: Wie liberal darf ein Liberaler sein, ohne dabei Gefahr zu laufen, daß sein Werk von anderen zerstört wird? Aus der militanten Antwort, die der „Tageblatt“-Kreis gab, folgte eine ebenso grundlegende Frage: Wie unliberal darf ein Liberaler sein, ohne dabei seine eigene politische Identität aufzugeben und seine Moral zu ruinieren?

Die dramatischen Ereignisse während der „Pariser Tageblatt“-Affäre bleiben ein politischer und intellektueller Leckerbissen für Schriftsteller, Literaturkritiker und Historiker. Der Ablauf des Geschehens ist mehr als einmal erzählt worden<sup>39</sup>: Am 11. Juni 1936 erschien im „Tageblatt“ eine sensationelle Deklaration, in ihrer Aufmachung an Zolas „J'accuse“ erinnernd, die die Leserschaft über Wladimir Poliakovs „schamlosen Verrat“ informierte<sup>40</sup>. Der Verleger des „Tageblatts“ wurde angeklagt, mit Arthur Schmolz<sup>41</sup>, dem Leiter der Presse- und Propaganda-Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris, über den Verkauf der Zeitung verhandelt sowie Georg Bernhard entlassen zu haben, und zwar zugunsten eines neuen Chefredakteurs, der „einen anderen Kurs in der Zeitung einschlagen und sich gegenüber Hitler und dessen Bestrebungen loyaler einstellen (würde)“. Angesichts dieser Umstände kündigten die Redakteure das Ende des „freien anti-nazistischen Pariser Tageblatts“ an und die Fortsetzung ihres Kampfes für „Frieden, Freiheit und Menschenrechte gegen die nationalsozialistischen Weltbrandstifter“ in einer neuen Publikation: der „Pariser Tageszeitung“<sup>42</sup>. Der neue Verleger hieß Fritz Wolff, ein politischer und finanzieller Op-

<sup>39</sup> Vgl. Kurt R. Grossmann, *Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1969; Hanno Hardt, Elke Hilscher, Winfried B. Lerg (Hrsg.), *Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945*, München 1979; Léon Poliakov, *L'auberge des musiciens. Mémoires*, Paris 1981. Lion Feuchtwanger benützt in seinem Roman „Exil“ – in der englischen Übersetzung „Paris Gazette“ – die „Tageblatt“-Affäre als Hintergrund für diese Geschichte des deutschen Exils in Frankreich.

<sup>40</sup> „Wir klagen an“, PTZ 1, 12. Juni 1936, S. 1.

<sup>41</sup> Arthur Schmolz, 1904–1939. Schmolz war ab April 1934 Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Paris; er verließ diese dem Propagandaministerium zugeordnete Stelle im Dezember 1936, um in das Unternehmen seines Vaters einzutreten. Dr. Maria Keipert, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, an den Verfasser, 5. August 1977.

<sup>42</sup> „Wir klagen an“, PTZ 1, 12. Juni 1936, S. 1.

portunist<sup>43</sup>. Die von den Redakteuren des „Tageblatts“ erhobenen Beschuldigungen erwiesen sich später als aus der Luft gegriffene Erfindungen. Die Untersuchungen verschiedener berufs- und ehrengerichtlicher Kommissionen sowie ein Prozeß und ein Appellationsverfahren vor französischen Gerichten widerlegten alle gegen den Verleger erhobenen Anklagen<sup>44</sup>.

Es wurde damals allgemein vermutet, daß der deutsche Kommunist Willi Münzenberg die Affäre inszeniert habe. Er habe die größtenteils apolitische Leserschaft für die KPD-gelenkte Volksfront einspannen und deshalb die Kontrolle über das „Tageblatt“ übernehmen wollen<sup>45</sup>. Diese Strategie erscheint durchaus realistisch, wenn man bedenkt, daß die meisten linken Intellektuellen nur in bestimmten Bereichen tätig sein konnten: im Journalismus, in kommunistischen Frontorganisationen oder in politischen und humanitären Aktivitäten, denen sie ihren Namen und ihr Prestige zur Verfügung stellten<sup>46</sup>. Es gibt kaum einen Zweifel, daß die Politik des „Tageblatts“ den Bedürfnissen der Volksfront entgegenkam. Ein wahrscheinlich von Münzenberg verfaßter Brief wirft ein bezeichnendes Licht auf gewisse Zusammenhänge zwischen ihm, der KPD und dem „Tageblatt“ und später der „Tageszeitung“. Münzenberg betonte ausdrücklich:

„Wir, d. h. der Volksfrontausschuß, dessen Sekretär ich damals war, erhielt erst nach der vollzogenen Tatsache Kenntnis von den Vorgängen und die KPD, die ich damals im Volksfrontausschuß vertrat, erhielt nur durch den Umstand davon Kenntnis, daß Herr Wolff den Genossen Wilhelm Pieck und mir [sic] zufällig im Café Mabillon traf und zwar einige Stunden, bevor die Sache platzte.“

Da die Schilderung der Ereignisse durch Caro und Wolff glaubhaft erschien und man ihnen vertraute, unternahm der Ausschuß alles ihm mögliche, „um das Blatt als Blatt der Emigration und der gesamtdeutschen Opposition zu verteidigen“<sup>47</sup>. Wenn man

<sup>43</sup> Informationen über Wolffs Tätigkeit in der Weimarer Republik und seine politischen Beziehungen in der Emigration sind sehr rar und unpräzise; seine Biographie ist weitgehend undurchsichtig. So soll er Hilfsredakteur des Nachrichtendienstes der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen sein, den Anna Geyer vom Dezember 1920 bis August 1921 leitete. (Fritz Heine an Otto Wels, 2. Juli 1938, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AsD), SOPADE, Mappe 51; auch Victor Schiff an Ernst Reuter, 13./15. Juli 1946, Landesarchiv Berlin, NL Ernst Reuter, Nr. 515, Bl. 36).

Ein Bericht, der dem Pariser Polizeipräsidium eingereicht wurde, besagt, daß Wolff 1897 in Graudenz geboren und von Beruf Journalist war. Er wurde als politischer Flüchtling wegen seiner Aktivitäten „im Bereich der extremen Linken“ observiert. Damit war sicherlich seine Arbeit für den 1933 von dem ungarischen Kommunisten Sándor Radó gegründeten Pressedienst „Inpress“ gemeint. Bericht an die Délégation Judiciaires, ZStAP, Bestand PTZ, Nr. 53, Bl. 46.

<sup>44</sup> L. P. (Léon Poliakov), *The „Pariser Tageblatt“ Affair*, Paris 1938.

<sup>45</sup> Derartige Andeutungen wurden in der Untersuchungskommission häufig gemacht. Vgl. Wilhelm Sollmann an Otto Wels, 20. Juni 1936, AsD, SOPADE, Mappe 122.

<sup>46</sup> David Caute, *The Fellow-Travelers. A postscript to the Enlightenment*, New York 1973, S. 7.

<sup>47</sup> Nicht unterzeichneter Brief (Willi Münzenberg) an Hugo Simon, Georg Bernhard, Bernheim sowie Kopie an Fritz Wolff, 10. Jan. 1937 (1938), ZStAP, NL Bernhard, Nr. 50, Bl. 25. Eine detaillierte Analyse der Autorenschaft dieses Briefes findet sich in meiner Dissertation, S. 391 Fn. 92.

Münzenbergs Bericht akzeptiert, spielte die KPD bei der theatralischen Gründung der „Pariser Tageszeitung“ lediglich eine Nebenrolle, indem sie ihre politische und moralische Unterstützung dem Presseorgan anbot, das ihr politisch nützlichster „neutraler“ journalistischer Agent war.

Die Redakteure des „Tageblatts“ und Fritz Wolff handelten offenbar aus eigener Initiative – unabhängig von jeder politischen Partei. Ihre Aktion beruhte auf einer Kombination persönlicher, politischer und ethischer Motive. Die Krise, in der sich die politischen und intellektuellen Vorstellungen dieser Linksliberalen befanden, und die lebendige Erinnerung an die geistige Kapitulation von Mosse und Ullstein ab 1930 hatten ihr politisches und berufliches Bewußtsein geschärft. Über die ganze Affäre wäre man vielleicht hinweggegangen oder hätte sie nicht weiter beachtet – nach dem Motto: wieder so ein Krach zwischen einem emigrierten Geschäftsmann und seinem illoyalen emigrierten Stab –, wenn nicht tiefsetzende politische und philosophische Differenzen innerhalb der deutschen Emigranten entstanden oder besser: wieder aufgetaucht wären. Aus einer privaten Aktion gegen einen unsympathischen Verleger wuchs die „Pariser Tageblatt“-Affäre zu einem Skandal, der nicht nur die verschiedenen Kreise der deutschen politischen und intellektuellen Emigration betraf, sondern auch die russische Emigration und schließlich sogar führende Politiker des Gastlandes einbezog. Auf der oberflächlichsten Ebene sehen wir den für fast alle Emigrationen typischen Kleinkrieg zwischen Cliquen und das Austragen persönlicher Animositäten. Die Leichtgläubigkeit, mit der viele deutsche Emigranten die gegen Poliakov erhobenen Anklagen für wahr hielten, hatten ihren Grund nicht nur in den bisweilen etwas undurchsichtigen Geschäftspraktiken des Verlegers, sondern vor allem in der kollektiven Mentalität, die durch Ängste, Verdächtigungen und die Unsicherheit des Lebens in der Emigration bestimmt war.

Zwei Kontroversen zwischen verschiedenen und letztlich nicht zu versöhnenden politischen Auffassungen führten zum offenen Bruch in der liberalen Emigration. Dieses Auseinanderbrechen weist auf das politische und moralische Dilemma hin, in dem sich diejenigen, die sich als Verteidiger der liberalen und humanitären Ideale fühlten, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs befanden. Die Argumente der Kontrahenten erinnern an den von Max Weber in „Politik als Beruf“ entwickelten Gegensatz zwischen Gesinnungsethik auf der einen und Verantwortungsethik auf der anderen Seite. Für Weber unterstanden Journalisten der Verantwortungsethik und waren demzufolge nach den Konsequenzen ihrer Worte und Handlungen zu beurteilen.

Den ersten dieser die deutsche Emigration erschütternden Konflikte löste der „Verband Deutscher Journalisten im Exil“ aus, als er beschloß, die infame Attacke gegen Wladimir Poliakov im Namen eines „höheren“ politischen Ideals zu billigen. Die wilden Proteste, die ihr Mehrheitsbericht verursachte, versetzte die beiden wichtigsten Schriftstellerverbände im Exil in höchste Aufregung. Die Trennungen und Fraktionen im „Verband Deutscher Journalisten im Exil“ und im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ (SDS) entsprachen dabei im großen und ganzen den Kontroversen und politischen Richtungskämpfen, die so typisch für das Verhalten ihrer

Mutterorganisationen in der Weimarer Republik waren. Nach dem Besuch eines der Treffen des SDS schrieb Ernst Feder, der ehemalige innenpolitische Redakteur des „Berliner Tageblatts“, trocken in sein Tagebuch: „Nichts gelernt und nichts vergessen: die selben Debatten wie zu Haus.“<sup>48</sup> Und damit hatte er recht. Mit Ausnahme von Poliakov hatten sich die bedeutenderen Teilnehmer an der Auseinandersetzung schon in der Weimarer Republik gegenübergestellt: Bernhard, Joseph Bornstein, Berthold Jacob, Paul Dreyfus und sogar der rheinische Separatist J. F. Matthes waren bereits vor 1933 in solche Dispute verwickelt gewesen.

Der zweite Konflikt entstand – nahezu gleichzeitig mit dem ersten – durch die Stellungnahmen des „Tageblatts“ bzw. der „Tageszeitung“, des SDS und vieler ihrer linksorientierten Mitglieder zu den Säuberungen in der Sowjetunion. Die Konflikte führten dazu, daß die rechtsliberalen oder „humanistischen“ („absoluten“) Mitglieder diese Organisationen verließen. Während der folgenden Jahre im französischen Exil kam es wiederholt zu äußerst scharfen Debatten zwischen den jetzt miteinander verfeindeten Fraktionen der deutschen Emigration.

Die „Absoluten“ revoltierten gegen die liberalen politischen Pragmatiker und deren Pläne für eine Volksfront auf breiter Basis, indem sie eine „Liga für freie Presse und Literatur“ gründeten, eine Gegenorganisation zu dem moralisch und politisch „beschmutzten“ SDS. Die im Mai 1937 von Konrad Heiden und Leopold Schwarzschild ins Leben gerufene Liga wollte die „Saubereren“, die Integren, von den „Unsaubereren“ deutlich trennen. Ihren Gründern schlossen sich Heinz Pol, Bruno Frank, Hermann Kesten, Walter Mehring, Alfred Neumann, Valeriu Marcu, Fritz von Unruh, Ernst Toller, Hans Sahl, Leonhard Frank und Hans von Zwehl an. Schwarzschild schrieb an Klaus Mann:

„Es wird kein Gremium für innere Kämpfe gegründet, das ist nicht die Absicht. Es sollen zusammentreten die Leute, die wirklich an die Prinzipien glauben, deren Verletzung sie Hitler vorwerfen; die innerhalb der deutschen Emigration selbst jene Segen der Demokratie und der Meinungs-Freiheit erhalten wollen, ohne die es nur Verblödung und Ver lumpung gibt; die, was ich für besonders wichtig halte, vor dem weiten, abgestoßenen Kreis des Auslands bekunden wollen, daß wir nicht eine homogene Masse von Ullstein plus Münzenberg sind, und die dafür sorgen wollen, daß wir nicht mit moralischen und politischen Hypotheken belastet dastehen, die schon heute bereits mancherorts un gemein schädlich für die deutsche Emigration sind und es mancherorts noch sehr werden können.“<sup>49</sup>

Die „Pariser Tageblatt“-Affäre und der Mehrheitsbericht, der sich die Perspektive der „Pragmatiker“ zu eigen machte, waren typische Zeichen für die moralische und poli-

<sup>48</sup> Ernst Feder, Tagebuch, 6. Nov. 1933, LBI, Ernst Feder Coll.

<sup>49</sup> Leopold Schwarzschild an Klaus Mann, 3. Juni 1937, in: Klaus Mann, Briefe und Antworten, Bd. 1, München 1975, S. 303. Die Bezeichnung „Club der Saubereren“ erscheint in einem Brief Heinrich Manns an Rudolf Olden vom 24. Juli 1937, der in dem von Werner Berthold und Brita Eckert verfaßten Band, Der deutsche PEN-Club im Exil, 1933–1948. Eine Ausstellung der Bibliothek Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1980, S. 182, zitiert wird.



tische Hypothek der deutschen Emigration, beide das Ergebnis einer politischen und moralischen Mentalität, die in der Tat aus der Kreuzung von Ullstein mit Münzenberg entstanden war.

„Ullstein plus Münzenberg“ bedeutete, daß die linksliberale Presse sich den politischen und sozialen Realitäten jenes Jahrzehnts angepaßt hatte. Politik beherrschte jetzt die Moral, und der politische Feind bestimmte – absichtlich oder vielleicht aufgrund der Umstände und internationalen Bedingungen – das politische Ethos. Die „Nebelwolken großartiger Phrasen“ und „idealistische Ausdrücke“, die nach Ansicht des „Tageblatt“-Kreises die „Moralisten“ kennzeichneten, sollten durch das Machtprinzip ersetzt werden: „Manifeste halten nicht Kanonen stand und Kanonen sind notwendig, um aus hochherzigen Manifesten politische Wirklichkeit werden zu lassen.“ Das Problem der „idealistischen“ Linken bestehe darin, daß sie „sich allzu gern an Gefühlen berauschen und es noch nicht gelernt haben, sich gegebenenfalls auch mit dem Teufel zu verbinden, wenn dadurch wirklich die eigenen Machtpositionen gestärkt werden und man nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie, schließlich als Reingefallener zum Gespött der Welt wird.“ Caro schloß seinen Beitrag, der am Vorabend der Invasion Äthiopiens durch das faschistische Italien geschrieben wurde, mit der Feststellung: „Realpolitisch denken heißt, in diesem Moment erkennen, daß Hitler-Deutschland die ständige Gefahr aller bedeutet und daß in keinem Lande Fortschritt möglich ist, solange eine permanente Drohung besteht.“<sup>50</sup>

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus bestimmte Denken und Schreiben dieser Journalisten, ihre Politik und auch ihren Gerechtigkeitsinn. Sie waren sich im klaren darüber, daß die Solidarität innerhalb der deutschen Emigration und die Unterstützung für alle Gegner NS-Deutschlands erhalten bleiben mußten. Im Laufe der Zeit wurde es jedoch unvermeidlich, bei der Beurteilung außenpolitischer Entwicklungen moralische Zugeständnisse zu machen. Mancher, der in der Weimarer Republik stolz darauf gewesen war, unabhängige und humanitäre Ideale zu vertreten, fand sich jetzt in merkwürdiger und ideologisch fremder Gesellschaft. So wurde Dollfuß' Politik ebenso toleriert wie Mussolinis Krieg gegen Äthiopien: denn das fiel in die Rubrik Realpolitik.

Auch angesichts der Schauprozesse und Säuberungen in der UdSSR zog der „Tageblatt“-Kreis es vor zu schweigen. Denn diese bourgeoisen Linken glaubten, daß die Sowjetunion das stärkste und unnachgiebigste Bollwerk gegen die nationalsozialistische Barbarei und deren Imperialismus sei. Caros Leitartikel „Hitler oder Stalin“ aus den letzten Julitagen des Jahres 1937 erläutert diese Position. Caro widersprach wiederum den „Humanisten“ und „Absoluten“, der gleichen Gruppe, die die „Tageblatt“-Affäre zum Skandal aufgebauscht habe und jetzt die innersowjetische Entwicklung geradezu „masochistisch“ verfolge. Daß die echten Trotzlisten den Fall ausnutzen würden, um ihre Position zu untermauern, leuchtete Caro ein; schließlich verteidigten sie nicht irgendeinen „Humanismus“, sondern ihre eigene politische Doktrin. Bis vor kurzem, behauptete Caro, hätten in der deutschen Emigration ledig-

<sup>50</sup> Interim (Kurt Caro), „Realpolitik. Rechts- und Linksparteien“, PT 628, 1. Sept. 1935, S. 1.

lich Splittergruppen die Sowjetunion und ihre Außenpolitik kritisiert und somit eine „Außenpolitik des Harakiri“ vertreten. Und ohne Schwarzschild, Heiden oder andere Anhänger der „Liga für Freie Presse und Literatur“ mit Namen zu nennen, stellte Caro fest:

„Zu den Sektierern sind aber inzwischen die Absoluten, die Humanisten gestoßen. Sie waren entweder niemals Kommunisten oder aber sie waren zu blinde Rußlandswärmer. Sie strapazieren das ganze Humanitätsrepertoire gerade in dem Augenblick, wo Stalin erschießen läßt, und scheinen zu vergessen, daß auch Trotzky hat erschießen lassen, worauf diese empfindlichen Seelen entgegen werden: ‚– aber eben nur wahre Konterrevolutionäre‘, was wiederum zu der Antwort zwingt: ‚Manche Konterrevolutionäre waren mindestens so links wie jene, die heute protestieren.‘ ... Uns scheint sich in der Sowjetunion weder auf der einen Seite die Methode, die umstritten sein mag, noch die Leistung, die bewunderungswürdig ist, geändert zu haben. Deshalb sehen wir auch keinen Anlaß, unsere Stellung zu dem Land, seinen Machthabern und seinen Problemen zu ändern.“<sup>51</sup>

Genau diese Form des linksgerichteten politischen Pragmatismus, den Kult des Praktikablen nämlich, bezeichnete Heiden als „prinzipienlos“ und verantwortlich für die Entstehung einer Situation, die schließlich zum „Pariser Tageblatt“-Skandal führte. Caros und Bernhards Argumente gipfelten in der moralisch-ethischen Verirrung, die vom französischen Schriftsteller Julien Benda als „La Trahison des Clercs“ identifiziert worden ist und die schwerwiegende Gefahren für liberales politisches Gedankgut und Verhalten mit sich brachte. Für Schwarzschild bedeutete die Affäre, daß

„there exists a paradoxical infection which finally contaminates even would-be champions of right and justice with maxims such as ‚whatever is to our advantage is right‘, it shows that the unvarying profession of a belief in liberalism and humanitarianism itself can, all unawares, be combined with a tragic and scurrilous loss of all faith, even in the most elementary morality.“<sup>52</sup>

Für Heiden und die „Absoluten“ folgte „der moralische Defekt aus dem politischen Defekt“<sup>53</sup>. Die „Isolierung“ des „Tageblatt“-Kreises und das offensichtliche Fehlen aller Maßstäbe für Recht und Gerechtigkeit sowie die Suche nach einer neuen politischen Moral hätten zu der Affäre geführt.

„Die Verwirrung des Rechtsgefühls bei einer kleinen, sich vermutlich sehr aktivistisch dünkenden Journalistengruppe der Emigration beruht zum guten Teil sicherlich nicht auf persönlichen Charakterfehlern, sondern auch auf dem Zustand der Isolierung, der allmählich zwischen diesen schreibenden Menschen und der großen Masse, dem eigentlichen Publikum der Emigration entstanden ist“,

schrrieb Heiden, und er fuhr fort:

<sup>51</sup> M(anuel) H(umbert) (Kurt Caro), „Hitler oder Stalin?“, PTZ 412, 30. Juli 1937, S. 1.

<sup>52</sup> Leopold Schwarzschild, „Preface“, in: L. P. (Léon Poliakov), The „Pariser Tageblatt“ Affair, S. 6.

<sup>53</sup> Konrad Heiden, „Selbstreinigung der Emigration“, in: Das Neue Tagebuch, 13 (27. März 1937), S. 309.

„Im Suchen nach einer neuen Form für eine allgemein gefühlte politische Tendenz hat sich bei einigen die Meinung gebildet, es sei besonders schlaue, nationalsozialistische Methoden nachzuahmen.“<sup>54</sup>

Die Einführung dieser neuen Methoden, schloß der Autor, habe das Niveau der Emigration und ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Welt herabgesetzt.

Keiner aus dem „Tageblatt“-Kreis bestritt, daß „a minimum of fundamental morality“ und „elementary uprightness and truthfulness“ bestanden oder erhalten werden müßten<sup>55</sup>. Man war dort jedoch eher bereit, in „extremen“ Situationen flexiblere Maßstäbe anzulegen, wenn es darum ging, jenes Minimum zu bestimmen oder einen Trennungsstrich zu ziehen. Doch eben die Bewegung in dieser Grauzone – nämlich die Bestimmung eines Mindestmaßes und das Ziehen eines Trennungsstriches – stellte die Redakteure vor sehr unangenehme Entscheidungen.

Auf der einen Seite entwickelten sich die „Moralisten“ oder „Absoluten“, unter ihnen der Herausgeber des „Neuen Tagebuchs“ Leopold Schwarzschild und viele seiner Mitarbeiter wie Heiden, Joseph Bornstein und Valeriu Marcu, zu Wahrheitsfanatikern, die mit dem Kopf durch die Wand marschierten, ohne bei ihrem ethischen und moralischen Kreuzzug die möglichen politischen Konsequenzen für die deutsche Emigration zu berücksichtigen. Schwarzschild und sein Kreis etablierten sich als Wächter von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Und dieses bedingungslose Festhalten an der „Wahrheit“ als dem absoluten ethischen Prinzip spiegelte sich auch in ihrem Urteil über die Säuberungen in der Sowjetunion wider.

Auf der anderen Seite sahen sich die „Pragmatiker“ um das „Pariser Tageblatt“ und die „Pariser Tageszeitung“, Bernhard, Caro, Hans Jacob und der Verleger Fritz Wolff, in eine peinliche Situation gedrängt: Hin- und hergerissen zwischen den erklärten Idealen der Rede- und Pressefreiheit, der Vernunft und des unabhängigen Individuums und andererseits der Angst, alle diese Ideale zu verlieren. Das Ergebnis war ein intellektueller und politischer Hochseilakt, der die liberalen und humanistischen Prinzipien in einem Zeitalter der Intoleranz, des Terrors und der Gewalt retten sollte. In der festen Absicht, als Vordenker zu überleben, formulierten die „Tageblatt“-Journalisten einen militanten Liberalismus als Antwort auf den Nationalsozialismus und ihre bisherige politische und moralische Ineffizienz. Statt sich hinter die alten unkompromittierten Schlagworte von „Individualismus“, „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“ zurückzuziehen, um die Rolle des moralisch unangefochtenen Bewahrers bürgerlicher Werte und politischer Moral zu spielen, also die Rolle, die Schwarzschild und seine Liga für sich beanspruchten, suchten sie nach einem neuen Weg, auf dem ein täglicher Pragmatismus als die einzige Möglichkeit zu überleben erschien. Daher schlossen sie Kompromisse entgegen ihren liberalen Wertvorstellungen und nahmen an politischen Aktionen teil, die am Ende die Basis ihres liberalen Credos in Gefahr brachte: die Unantastbarkeit des Individuums. Doch es war nicht

<sup>54</sup> Konrad Heiden, „Der Prüfungsfall der Emigration“, in: Das Neue Tagebuch, 12 (20. März 1937), S. 278.

<sup>55</sup> Leopold Schwarzschild, „Preface“, in: L. P. (Léon Poliakov), The „Pariser Tageblatt“ Affair, S. 6.

nur ihre Niederlage in der Weimarer Republik oder ihre Isolierung in der Emigration, die ihr Verhalten bestimmte. Weimar und der Triumph des Dritten Reichs brachten nur bereits vorhandene Zweifel im Hinblick auf die Natur des Menschen und die Substanz demokratischer Herrschaft zum Vorschein. Auf der Suche nach den Gründen für den gefährdeten Zustand der Demokratie nahmen sie Zuflucht zu antidemokratischen Ideen, und zwar nicht nur, um die Niederlage der Demokratie zu erklären, sondern auch, paradoxerweise, um ihr Überleben im 20. Jahrhundert zu garantieren. Um ihren Einfluß in der Exilpolitik zu behalten und sich Gewicht bei der politischen Rekonstruktion Deutschlands nach der erhofften Niederlage des Nationalsozialismus zu sichern, waren Bernhard, Caro und ihre Anhänger bereit, Koalitionen mit Emigrantengruppen und Organisationen einzugehen, die nicht notwendigerweise ihre liberalen und demokratischen Grundauffassungen teilten. Wenn aber für den „Tageblatt“-Kreis die Gefahr in Manipulierung, in unverantwortlichen faulen Kompromissen oder im Aufgehen in größeren und besser organisierten und repräsentierten Gruppen und Parteien – besonders der KPD – lag, so bestand die Alternative Schwarzschilds in weiterer Isolierung, Kurzsichtigkeit, verstärkter Sektiererei und einer moralisch fundierten Intoleranz (man denke dabei nur an den wütenden Antikommunismus des Herausgebers des „Neuen Tagebuchs“).

Der Versuch der Liberalen, nach ihrem kläglichen Untergang in der Weimarer Republik wieder die politische Initiative an sich zu ziehen, scheiterte erneut an ihrer Unfähigkeit, eine moralisch und politisch praktikable „kreative Phantasie“ zu entwickeln, scheiterte an ihrer Tendenz, nach rechts oder links abzugleiten, scheiterte an ihrer Uneinigkeit und ihrer ständigen Selbsterfleischung auf Kosten des Kampfes gegen des Nationalsozialismus. Die intellektuellen und politischen Voraussetzungen für ein derartiges Verhalten existierten schon vor 1933, doch die Jahre der Emigration verstärkten diese Anlagen und trugen dadurch zum Scheitern der Liberalen in der deutschen Exilpolitik bei.